Nr. 528. 47. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Dienstag, 15. Oktober 1918

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die harten Kämpfe in Flandern.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 15. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern hat der Feind seine Angriffe auf breiter Front zwischen Harren und der Lys wieder aufgenommen. Es gelang ihm, über unsere vordere Stellung hinaus vorzudringen. Gegen Mittag kam der Kampf in der Linie Kortemark — östlich von Roeselare — das nach hartem Kampf in Feindes Hand fiel, südwestlich von Isegem und nordöstlich von Menen zum Stehen. Menen und Wervik wurden gegen starke Angriffe behauptet, Uebergangsversuche des Feindes über die Lys bei Komen vereitelt. Bei erneuten Angriffen am Nachmittage gingen Handzame und Kortemark verloren, starke mit Panzerwagen geführte Angriffe beiderseits von Gits scheiterten. Zwischen Isegem und Menen konnte der Feind am Nachmittage nur noch wenig Boden gewinnen.

Erfolgreiche Vorfeldkämpfe westlich von Lille und am Haute-Deule-Kanal.

Am Selle-Abschnitt nördlich von Haussy und bei St. Souplet scheiterten Teilangriffe des Gegners.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In dichtem Morgennebel brach der Feind östlich von St. Quentin über die Oise vor und faßte vorübergehend auf den Höhen südlich von Macquigny und nördlich von Origny Fuß. Umfassend angesetzter Gegenangriff warf ihn von den Höhen auf die Oise wieder zurück. Heftige Teilkämpfe vor der neuen Front nördlich von Laon, westlich der Aisne und im Aisnebogen südwestlich von Grand Pré.

Heeresgruppe Gallwitz.

Zwischen der Aire und der Maas griff der Amerikaner mit starken Kräften an. Schwerpunkt der Kämpfe lag östlich der Aire und beiderseits der von Charpentry auf Banthéville führenden Straße. Die teilweise bis zu viermal wiederholten Angriffe sind bis auf örtlichen Geländegewinn beiderseits von Romagne gescheitert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Auf den Höhen nordwestlich und nördlich von Risch fanden kleinere Kämpfe statt.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

Staatssekretär Gröber über die Kriegsanleihe:

Keine Regierung, kein Reichstag wird es jemals wagen dürfen, die Sicherheit der Kriegsanleihe anzutasten.

Gröber

Die heutige Wahl in Berlin I.

Geringe Wahlbeteiligung am Vormittag.

Der Reichstagswahlkreis Berlin I, bekanntlich der kleinste der sechs Berliner Reichstagswahlkreise, in welchem heute die Ersatzwahl für Johannes Kaempf, dem verstorbenen Reichstagspräsidenten, stattfindet, zählt nur noch 12454 eingeschriebene Wähler gegen 13407 im Jahre 1912. Damals wurde Kaempf in der Stichwahl mit 8053 Stimmen gegen 4618 Sozialdemokratenstimmen gewählt. Bei der heutigen Wahl bewerben sich nicht weniger als fünf Kandidaten um das Mandat: Für die Fortschrittliche Volkspartei Geheimer Justizrat Maximilian Kempner, seitens der fraktionellen Sozialdemokraten Stadtverordneter Hugo Heimann; die Unabhängigen Sozialdemokraten haben den Metallarbeiter Richard Müller, die Antisemiten den Beamten Gellert und die Polen den Abgeordneten Korfanty aufgestellt. In den letzten Tagen haben zahlreiche Wahlversammlungen stattgefunden. Die fraktionellen Sozialdemokraten hielten eine Reihe von Wahlversammlungen ab, die jedoch zum großen Teil von den Unabhängigen gesprengt wurden. So war dies gestern abend der Fall in einer Wählerversammlung in den Sophiensälen, in der Staatssekretär Scheidemann sprach. Das Wahlgeschäft vollzog sich heute morgen in denkbar ruhigster Form. Gewählt wurde in 26 Wahllokalen. Bis Mittag wurden zumeist die Stimmen für Kempner abgegeben, doch änderte sich das Bild, als die Mittagspausen in den Fabriken und großen Geschäften eintraten und die Arbeiter an die Wahlurne traten. Bemerkenswert ist, daß die Wähler des sogenannten Schloßviertels, die Beamten des kaiserlichen Schlosses und viele Polizeibeamte ihre Stimmen für Geh. Justizrat Kempner abgaben.

Die Beteiligung an der Reichstagsersatzwahl in Berlin I war auch im weiteren Verlauf des Vormittags äußerst gering. Die hauptsächlichsten Wahllokalen in der Krausen-, Jäger-, Behren- und Mittelstraße hatten bis mittags ein Uhr höchstens je 40 bis 50 Wähler aufzuweisen, die ihre Stimme abgaben. Etwas lebhafter ging es in den von der Arbeiterbevölkerung bewohnten Gegenden zu. In der Neuen Friedrichstraße und in der Friedrichsgracht hatten um die oben angegebene Zeit je etwa 100 bis 120 Wähler bereits ihrer Wahlpflicht genügt. Von den Ministern gab der preußische Minister des Innern Dr. Drews bereits um 11 Uhr seine Stimme im Wahllokal, Berhaus Siechen ab. Im Weihenstephan in der Jägerstraße erschienen der Staatssekretär Rüdlin, Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. v. Krause und Unterstaatssekretär Heinrich, ferner der Berliner Oberbürgermeister Wermuth, der eben verabschiedete Chef des Zivilkabinetts v. Berg und der sächsische Gesandte Graf v. Nostitz.

Die Wahl verlief überall ruhig. Unter den Zettelverteilern herrschte „Burgfrieden", zumal die beiden sozialdemokratischen Parteien fast durchweg Frauen zu dieser Tätigkeit herangezogen hatten. Mittags brachte der einsetzende Schlepperdienst mehr Bewegung in den Wahlakt.

*

Bei der letzten **Wahl im Jahre 1912** entfielen auf den fortschrittlichen Kandidaten 4657 Stimmen (gegen 6067 im Jahre 1907), auf den Sozialdemokraten 4408 (5042), den Demokraten 1395, das Zentrum 169 (271), den Polen 37 (41). In der Stichwahl konnte der fortschrittliche Kandidat (Kaempf) mit 5588 (8053) gegen den Sozialdemokraten (Düwell) mit 5579 (4618), also mit einem Mehr von nur neun Stimmen, den Wahlkreis behaupten.

Da Kaempf infolge Anzweiflung der Rechtsgültigkeit der Wahl sein Mandat niedergelegt hatte, war eine Neuwahl erforderlich, in der sich ein Mehrbetrag von über 1000 Stimmen für Kaempf gegenüber dem sozialdemokratischen Kandidaten ergab. Der Ausgang der Wahlhandlung war folgender: Kaempf (Fortschr.) erhielt 4878, Düwell (Soz.) 3840, Rechtsanwalt Ulrich (Kons.) 587, Erzberger (Zentr.) 174, ein Pole 16, zersplittert waren 46 Stimmen. Eine Stichwahl war hier überflüssig geworden, da Kaempf bereits 200 Stimmen über die absolute Mehrheit auf sich vereinte.

Die morgige Reichstagssitzung.

Eine neue Rede des Reichskanzlers.

Im Reichstage herrschte heute vormittag ein reges Leben. Fast sämtliche Fraktionen haben sich zu Sitzungen versammelt. Besonders stark sind die Sozialdemokraten vertreten, die heute nachmittag um zwei Uhr ihre Besprechungen beginnen. In allen Sitzungen bildete der Brief des Prinzen Max den Gegenstand der Erörterung. Auch im Abgeordnetenhause hielten heute vormittag die Nationalliberalen und das Zentrum Sitzungen ab. In der Hauptsache handelt es sich um Besprechungen über das Wahlrecht.

Morgen mittag um ein Uhr tritt der Reichstag wieder zu einer Plenarsitzung zusammen. Wie wir hören, wird der Reichskanzler Prinz Max von Baden dabei zu einer Rede das Wort nehmen. Er wird sich jedoch nicht mit Fragen der äußeren Politik, sondern mit innerpolitischen Angelegenheiten auseinandersetzen. Erklärungen über die außerpolitische Lage dürfte der Kanzler erst abgeben, wenn die Antwort des Präsidenten Wilson auf unsere Antwort vorliegt.

Die deutsche Note in Washington.

Beratung im Weißen Hause. — Besprechung König Georgs mit Lloyd George und dem britischen Generalstabschef.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Rotterdam, 15. Oktober.

Reuter meldet aus Washington: Nach Empfang des amtlichen Wortlauts der deutschen Note entbot Wilson die Staatssekretäre Lansing, Baker und Daniels in das Weiße Haus zu einer Beratung, die zwei Stunden dauerte.

Aus London wird telegraphiert: König Georg begab sich gestern im Sonderzug von Sandringham nach dem Buckingham-Palast, wo er eine längere Unterredung mit Lloyd George und dem Generalstabschef Sir Henry Wilson hatte.

Haag, 15. Oktober.

Reuter meldet aus London, bei den Alliierten habe ein Gedankenaustausch stattgefunden, der auf die Wahrscheinlichkeit hinweise, daß eine ungünstige Antwort auf die deutsche Friedensnote erfolgen werde.

*

Im Haag sind heute Washingtoner Meldungen eingetroffen, die sich auf den **Inhalt der Antwort beziehen**, die **Wilson der deutschen Regierung** durch das neutrale Ausland übermitteln ließ. Wilson macht den Beginn von Waffenstillstandsverhandlungen **von der Erfüllung gewisser Voraussetzungen abhängig.** Die erste Bedingung bezieht sich auf den Schutz der Städte und des Landes in den bisher besetzten Gebieten und auf die Vorkommnisse dort, wie sie von der Entente dargestellt werden. Die zweite betrifft den U-Boot-Krieg. Drittens verweise der Präsident auf seine Rede vom 4. Juli dieses Jahres, worin er seine Ansichten über die Demokratisierung Deutschlands ausgesprochen habe. Ob und inwieweit diese Haager Meldungen zutreffen, konnten wir bisher nicht feststellen.

(Siehe auch Seite 2.)

Das Problem Oesterreich-Ungarn.

J. S. Der Rücktritt des Kabinetts Wekerle, der vollzogen, und der des Kabinetts Hussarek, der nicht mehr aufzuhalten ist, sind Vorgänge, die einen gewöhnlichen Kabinettswechsel an Bedeutung weit überragen. Diesseits wie jenseits der Leitha handelt es sich um den Versuch, durch neue Führer, die das Vertrauen der Opposition genießen, oder durch den Zusammenschluß aller Richtungen die Möglichkeit eines erfolgreichen Systemwechsels zu schaffen. Man weiß ja, was unter den Worten Systemwechsel heute zu verstehen ist. Nichts Geringeres, als der notwendig gewordene Neuaufbau der beiden Reichshälften und des Gesamtreichs von Grund aus. Die Notwendigkeit dazu datiert ja nicht erst seit gestern und seit vorgestern. Die erste Kundgebung des Kaisers Karl nach seiner Thronbesteigung war schon eine Ankündigung der unerläßlichen Verfassungsrevision. Aber seither ist dieser energievolle Ansatz längst wieder in dem herkömmlichen Sumpfe österreichischer Staatskunst versunken. Auf die vergeblichen Bemühungen des Grafen Clam-Martinitz, die sich bekämpfenden Nationalitäten um einen leitenden Gedanken zu scharen (vergeblich, weil dieser Gedanke ihm selber fehlte), folgte die Aera Seidler. Der eine hat nichts geboren als das ganz und gar unmöglich gewordene Schlagwort von dem „deutschen Kurs" und endete darum mit dem Zusammenbruch. Das Kabinett Hussarek war von Anfang an nur als Lückenbüßer gedacht, bis die Stunde gekommen sei, an die Stelle des Planens und Debattierens die Tat zu setzen. Denn es war klar, daß das „Muß" zu dieser aus den endlosen Verfassungswirren hinausführenden Tat sich im Zusammenhang mit dem Ablauf des Krieges von selber einstellen werde. Eine Tat ohne dieses „Muß" wäre auch in Oesterreich undenkbar gewesen.

Nun hat es sich, schneller, als man dachte, über Nacht eingestellt und guter Rat ist teuer. Der Augenblick, in dem die Mittelmächte die Annahme der einzelnen Punkte Wilsons erklärten, war für die Wünsche der slawischen Völker Oesterreichs die Brautnacht, in der alle Hüllen fielen. Wie von einem Sturmwind geführt, wurden alle, Krone, Regierung und Parteien, in wenigen Stunden über Phasen der Entwicklung hinweggetragen, die man sich vorher als kommende Perioden nur im Schneckentempo möglicher Evolutionen vorgestellt hatte. Wie viel Wochen ist es her, daß noch der Gedanke des Föderalismus, obschon seine theoretische Durcharbeitung durch Männer wie Renner bereits als Produkt jahrzehntelanger Vorbereitung vor uns liegt, auch fortschrittlichen österreichischen Politikern einfach als revolutionär, als das Ende von Oesterreich erschien? Heute wird schon nur noch die Frage ventiliert, ob Aussicht besteht, durch rasche kraftvolle Durchführung des Föderalismus eben die Gefahr zu mindern und eine neue Grundlage für die Fortexistenz der Monarchie zu schaffen. So schnell haben sich die Dinge gewandelt. Es handelt sich um Sein oder Nichtsein des alten Habsburgreiches, um die letzte Probe, ob es möglich ist, seinen Fortbestand aus der eigenen Kraft, aus einem Gemeinwillen seiner Völker heraus, zu begründen und zu sichern, oder ob die Entscheidung über das Geschick des einst mächtigen Reiches als ein Diktat von außenher entgegengenommen werden soll. Wer mag der Staatsmann sein, der die Fähigkeit besitzt, die von je im nationalen Kampf bis zur Gluthitze gegeneinander stehenden Nationalitäten für diese gemeinsame Aufgabe einhellig zusammenzufassen und sie diese letzte Probe bestehen zu lassen? Ein Staatsmann wird gesucht!

Die Aufgabe ist: ohne Zögern eine gemeinsame Auslegung zu vereinbaren und durchzuführen für den zehnten unter den einzelnen Punkten Wilsons, der da sagt: „Den Völkern von Oesterreich-Ungarn, deren Platz unter den anderen Nationen wir sichergestellt zu sehen wünschen, müßte die erste Gelegenheit einer autonomen Entwicklung gegeben werden." So einfach und klar diese wenigen Worte scheinen, so abgrundtief der Unterschied der Auffassungen. Sie werden von der Mehrheit des tschechischen Volkes, gewiß nicht mehr von extremen Agitatoren allein, benutzt, um die Forderung des vollständigen tschechoslowakischen Staates zu erheben. Die Parole „Los von Wien! Los von Oesterreich!" die die tschechischen Abgeordneten nach dem Volkshause am Franzensring brachte, und die heute in allen Gassen Prags erschallt, ist etwas anderes als die Parole der nationalen Föderalisierung, für die sich der kommende Staatsmann einzusetzen berufen sein wird. Sie gibt dem Wort Autonomie den Sinn der völligen staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Trennung. Sie wäre vielleicht sinnlos und unhaltbar, wenn sie nicht eine Stütze fände in dem gleichen Verlangen einer an Zahl und Einfluß stets wachsenden Gruppe unter den Südslawen, die deren Führer Korosec bei den Audienzen dieser Tage dem Kaiser gegenüber vertreten hat. Der südslawische Staat, der nach den Wünschen dieser Politiker aus der Retorte des Weltkrieges hervorgehen soll, ist etwas ganz anderes, als die in Wien in Erwägung gezogene „großkroatische Lösung" oder gar die „ungarische Lösung" der südslawischen Frage, deren schnelles Verschwinden aus der Reihe der möglichen Tagesordnungen vor allem anderen die Herren Wekerle und Burian amtsmüde gemacht haben dürfte. Der Gedanke, aus dem der Plan geboren ist, ist der der westslawischen Solidarität, den nun auch die Polen, mit einem Schlage furchtlos und aufrichtig gegenüber den Mittelmächten geworden, vertreten. Es ist die Idee des slawischen Reiches, von Danzig bis zur Adria, die als gemeinsamer Leitstern diesen Politikern voranleuchtet. Eine Kampfidee, die in scharfem Gegen-